

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Wagegen-Zarif.

Ausnahme von Entlohnungen bis nach...
3 Uhr, Sonntage nur...
11 bis 12 Uhr. Die...
einmalige Benutzung...
5 (zwei) bis 10...
Familien Nachrichten...
aus Dresden 10 Pf.;...
die zweispaltige Seite...
mit Teiletzen 10 Pf., die...
zweispaltige...
1, 20 Pf. — Die...
Sonntagen nach...
und Freitagen die...
empfangt...
10 Pf. Familien...
Nachrichten aus...
bis...
20 Pf. — Auswärtige...
Mithilfe nur gegen...
Barzahlung. —
Jedes Blatt kostet...
10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

Moderne Bäder und Waschtische
in verschiedener Ausführung, Herstellung von Wasserleitungen, Wasserzählwerk, Klosets aller Arten, Bidets. **Telephon 402.** **Friedrich Gapploch, Marienstraße 11.**

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Ullrichs Pianinos
sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Gummi-alle Maschinenbedarfs-Artikel
Schläuche, Platten, Schnüre, Rieme, Klappen, Buffer, Walzen, sowie alle sonstigen...
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 8.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. **Adolf Näter**, 26 Prager Strasse 26. Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft

Für eilige Leser.

Entscheidliche Bitterung: Keine Bitterungsänderung.

In der gestrigen Stadterordnetenversammlung wurde ein Dankeschreiben des Admitts auf die Glückwünsche des Rates und der Stadterordneten zum Jahreswechsel verlesen und dem Gewerkeverbands-Direktor eine sächliche Beihilfe bewilligt.

In der ersten Kammer hielt Finanzminister von Seydewitz eine längere Rede in der er sich für die Elektrifizierung der sächsischen Staatsbahnen aussprach und erklärte, daß den Kammermitgliedern eine Denkschrift über den Abbau von Kohlenfeldern zugehen wird.

In der Automobilfrage ist die sächsische Regierung in Unterhandlungen mit den übrigen deutschen Regierungen begriffen, um die Automobilbesitzer zu den Kosten der Straßenbauten heranzuziehen.

Als neuer preussischer Gesandter in Dresden ist der Graf von Bülow, von Bismarck, in Aussicht genommen.

Wie nunmehr berichtet, finden von den 191 erforderlichen Stichwahlen 77 am Sonnabend, den 20. Januar, 80 am Montag, den 22. Januar, und 34 am Donnerstag, den 26. Januar, statt.

Der bekannte Politiker Adolf Brieger ist in Halle a. S. gestorben.

Der Frost hat einen seit Jahren nicht eingetretenen Stillstand des Elbes auf der Elbe herbeigeführt. Die sächsische Kammer wurde gestern aufgelöst.

Linksliberalismus und Sozialdemokratie.

Fortschrittliche Reminiscenzen.

Die Stichwahlen stehen vor der Tür; am Sonnabend wird es sich entscheiden, ob unser Admitt wieder vertreten sein wird wie einst im Jahre 1908 mit einer einzigen Ausnahme, ob unser flehliges, wertvolles Bürger-tum im deutschen Parlament nur von Mitgliedern der revolutionären Umsturzpartei vertreten sein soll, die sich dann damit brüsten könnte, allein die Meinung des sächsischen Volkes wiederzugeben, oder ob wirkliche Vertreter der vielen Hunderttausend nationalsekundären Sachien dem Reichstag angehören werden. Die Entscheidung hierüber liegt in erster Linie bei den Liberalen. In Dresden-Mittelsachsen ist allein geben die Zentrumswähler den Ausschlag, und es ist in dieser trübten Zeit nicht ohne Nutzen, die sächsischen Ereignisse, die die Katholiken Dresdens befeuern haben, Mann für Mann für den Kandidaten des nationalen Bürgerturns einzutreten. Damit ist begründete Hoffnung vorhanden, daß Dresden-Mittelsachsen national vertreten bleibt. In den übrigen Wahlkreisen Sachsens, mit Ausnahme von Plauen, hängt der Ausfall der Wahl im wesentlichen vom Linksliberalismus ab, da die Konservativen und die Nationalliberalen sofort gegenseitige Unterhändler abgeschlossen haben. Am kommenden Sonnabend wird der Fortschritt die Probe aufs Exempel geben müssen, ob er national unbedingt zuverlässig ist oder nicht.

Den fortschrittlichen Wählern ist in diesem Wahlkampfe immer und immer wieder erzählt worden, daß der Kampf gegen den sogenannten „blau-schwarzen Block“ der Hauptzweck dieser Wahlen sei. Zu diesem Zweck brauche man eben die Sozialdemokratie, die also gewissermaßen nur Mittel zum Zweck sei. Sei es die Macht des „reaktionären“ Blocks gebrochen, so werde der Liberalismus auch mit der Sozialdemokratie abrechnen. Vorkäufig aber sei die Sozialdemokratie das kleinere Übel. Das kann zunächst ganz leidlich sein. Wir wollen uns heute darauf beschränken, lediglich folgende Tatsachen festzustellen: 1. Das angebliche Ziel, die Niederwerfung des „blau-schwarzen Blocks“ ist nicht erreicht worden. Die Parteien der Rechten allein haben im ersten Wahlgange 38 Mandate erobert, obwohl sie unter den unglücklichsten Bedingungen zu kämpfen hatten, der gesamte Liberalismus brachte es auf 4 Mandate. 2. Die Sozialdemokratie hat sich um dieses angebliche gemeinsame Ziel überhaupt nicht gekümmert. Sie hat ganz rücksichtslos den Liberalen im ersten Wahlgange einige Dutzend Mandate abgenommen, sie hat gerade den Mann zu Fall gebracht, der zuerst den Block von Bebel bis Bakermann predigte, Friedrich Kammann, und sie hat ferner einige Dutzend Liberale in die Stichwahl mit sozialistischen Kandidaten gebracht, so daß

diese Liberalen nur von der Gnade der rechtsstehenden Wähler abhängen. 3. Der Wahlkampf gegen Rechts hat dem Liberalismus schwere Wunden geschlagen, er ist ganz ausschließlich der Sozialdemokratie an gute gekommen. Der enorme Stimmenzuwachs der Umsturzpartei ist, wie Dr. Feine sehr richtig aus-spricht, sicher nicht ein Sieg des sozialistischen Programms, er ist lediglich der Ausdruck großer Unzufriedenheit, die einerseits in der nicht befriedigenden auswärtigen Politik unserer Regierung begründet wird, andererseits eine Folge der unglückseligen Steuererhebung ist. Die Wahlen sind die Laute, und diese Laute ist ras.

Nebenbei ist, daß der Wahlkampf sich in falscher Richtung bewegt hat. Auf diesem Wege wird der Liberalismus nie und nimmer dazu kommen, mit der Umsturzpartei abzurechnen, er wird von der Sozialdemokratie aufge-gelassen sein, oder er es denkt, wenn er nicht mit Energie die Front ändert und den Kampf gegen Rechts als das Hauptziel des Liberalismus ohne Zögern und Schwanken bezeichnet. Der diesmalige Wahlkampf war ein schwerer politischer Fehler, er ist aber zum Teil noch auszumachen, und diese Gelegenheit bietet sich hier in Sachen am Sonnabend. Für die Stichwahlen kann es für Mitglieder des deutschen Bürgerturns nur eine Parole geben:

Hierher mit der Umsturzpartei!

deren Führer August Bebel hier in Dresden erklärt hat: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu zerstören.“

Es ist ein tödliches und verhängnisvolles Beginnen, wenn man heute die unüberbrückbaren Gegensätze, die zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie bestehen, zu verstreuen sucht. Liberalismus und Sozialdemokratie sind ihrem Wesen nach Todfeinde und müssen es sein, wenn sie sich nicht selbst aufheben wollen. Die deutschen Liberalen haben stets das Verdienst für sich in Anspruch genommen, die Erhaltung der deutschen Nation und die Wiederherstellung des Reiches in erster Linie gefördert zu haben. Die Sozialdemokratie aber hält dieses Reich als Verfertigung des waffenstarken Konarchismus. Die Verschle-machung unseres Vaterlandes, die Untergrabung aller militärischen Disziplin, das sind die Hauptziele der roten Umstürzer, deren Hauptprogrammpunkt nach Meinung der Sach gegen das Vaterland ist. Konservativen und Liberalen haben dasselbe Ziel, das Blühen und Wachsen unseres Vaterlandes, nur die Wege zu diesem Ziel sind verschieden. Was aber verleiht das, wenn das Ziel dasselbe ist? Die Sozialdemokraten aber wollen die Vernichtung aller nationalen Errungenschaften und die Aus-richtung einer internationalen Proletarierherrschaft. Das sind Gegensätze, die keine Sophistik hinwegdiskutieren kann.

Für den Linksliberalismus kann es keine Wahl geben, wenn anders er seinen Grundgedanken treu bleiben will. Er kann schon aus politischem Ehrgefühl keine Partei unter-schieden, die stets mit den gemeinsten Schandwahlen über ihn hergefallen ist, deren Vertreter Mehring sich nicht ent-beden hat, den sterbenden Eugen Richter, einen Mann, dessen Ehrenhaftigkeit aber allein Zweifel erhaben ist, einen „Strohich noch im Sterben“ zu nennen. Es wider-strebt uns, weiter in die Kloake sozialistischer Verschimpfung des Freisinnigen hinauszufolgen, wir empfehlen den Links-liberalen nur jenen Artikel im „Vorwärts“ nachzulesen, der im Oktober des Jahres 1909 erschienen ist und über „die Verumpfung des Freisinnigen“ handelte. Dort findet sich eine Blütenlese, wie sie wohl sonst nirgends vorhanden ist.

Denen aber, die frampfhaft ein liberal-sozialdemokratisches Bündnis besträuben, möchten wir folgende Stellen aus einem Artikel des offiziellen Organs der fortschrittlichen Volkspartei, der „Freisinnigen Ztg.“, wiederholen, der am 21. Juli des Jahres 1908 erschien. Dort heißt es: „Denn ist die Sozialdemokratie geradezu zu einer Schimpf- und Verleumdungspartei geworden, die als etwas anderes in ihrem öffentlichen Gebaren kaum noch austritt. Achtung vor der Wahrheit geht ihr völlig ab. Sie behauptet wider besseres Wissen alles, was ihr agitatorisch als Behauptung wirksam zu sein scheint. Die persönliche Ehre ihrer Gegner zu befehlen, ist für sie ein besonderer Sport. Unmöglichkeit ist es für sie, eine sachliche Polemik zu führen, ohne über die Gegner einen Kübel von Schimpfworten auszuentschütten, wobei sie sich nicht selten in den zufälligen Personen ihrer Gegner abwechselnd irrt. Hinter

jedem und allem, was ihren vermeintlichen Interessen zu-widerläuft, sucht sie schmutzige Motive, und es ist erlaunlich, wie sie das Kundstübchen, solche Motive dann an-schlich auch zu finden. Jede Nichtigkeit, jede Mar-fierung, mag sie auch noch so unwiderleglich und über-zegend sein, lehnt sie grundsätzlich ab und verharret mit prinzipieller Beharrlichkeit bei Behauptungen, die sie et-was angeht hat, und zwar um so heftiger, je verlogener und verleumderrischer jene Behauptun-gen sind, wobei sie zum Teil nicht verfehlt, neue Unwahr-heiten und Verdächtigungen mit derselben Schruppligkeit den alten hinzuzufügen.“ Und zum Schluß rekurriert das fortschrittliche Blatt wie folgt: „Und aus diesen Gründen vor allem, weil weniger aus tatsächlichen Gründen, in allen wir es ablehnen, irgendein Bundes-gemeinschaft der Sozialdemokratie zu sein oder zu werden. Mit dieser Partei politisch zu-sammenarbeiten, heißt sich zum Mitschuldigen machen an der Arbeit, die für die Sozialdemokratie die Hauptsache ist: „Die moralische Korruption des deutschen Volkes.“ Dem haben wir nichts hinzuzufügen.“

Neueste Drahtmeldungen

vom 18. Januar.

Die Stichwahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nat. Ztg.“ schreibt entrüsst: Es hat in nationalliberalen Parteien lebhaften Be-remern hervorgerufen, daß die nationalliberalen Wahlkreisleistungen in den Wahlkreisen Löhden und Plön mit den Konservativen ein Abkommen ge-troffen haben, wonach die Konservativen in Löhden Herrn Dr. Schifferer, die Nationalliberalen in Plön Herrn Dr. Hölke die Stichwahlhilfe zu leisten haben. Dieses Ab-kommen ist, wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ohne Wissen der Berliner Parteileitung abge-schlossen worden. Diese bedauert lebhaft, daß entgegen der Meinung, Stichwahlabkommen erst nach erfolgter Ver-ständigung mit der Parteileitung abzuschließen, diese beiden Wahlkreisleistungen zu einem Abkommen gelangt sind, von dem sie vorher in keiner Weise der Partei-leitung Mitteilung gemacht haben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die vom reichstagesführenden Aus-schuss der fortschrittlichen Volkspartei ausge-gene Wahlparole hat die Leitung der Reichspartei veranlaßt, ihre Parteigenossen zu erfragen, welchen zur ena-ren Wahl lebenden Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei zu unterstehen.

Mitteleuropa. (Priv.-Tel.) Für Sachsen-Mitteleuropa ist von den Fortschrittlichen für die Stichwahlen zwischen Reichspartei und Sozialdemokratie Stimmentreit-abere beschlossen worden.

Essen (Ruhr). (Eig. Drahtbericht.) Der Vorstand der weisfälischen Nationalliberalen beschloß, bei der Stichwahl in den Wahlkreisen Essen und Dortmund für das Zentrum einzutreten, wenn dieses den National-liberalen Wahlhilfe in Bochum und Duisburg leistet.

Carlsruhe. (Priv.-Tel.) Das Zentrum hat für Baden Wahlenthaltung proklamiert.

Anschläge gegen Wahlkandidaten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus dem Wahlkreis Havel-Regionen wird der „Arenzzeitung“ gemeldet: Auf die von den Sozialdemokraten vollführte Verheerung merken folgende Tatsachen ein grelles Licht. In der letzten Woche vor der Hauptwahl hatte der Kandidat der Deutsch-sozialen Partei, Amtsgeschäftsrat Lattmann, zum Be-reiten der Dörfer sich eines Kraftwagens bedient. Als das Auto mit den Begleitern Lattmanns abends nach Havel zurückfuhr, wurde ein großes Unheil nur durch die Auf-merksamkeit des Wagenführers, der rechtzeitig bremste, ver-hindert. Es war nämlich in der Gegend von Bellerode ein starker Balken über der Straße gelegt und mit Ketten an den Baumstumpfen befestigt worden. Ferner hat in Neumarchen die sozialdemokratische Jugend verbreitet, daß im Jahre 1870 die deutschen Soldaten unter dem zu-stimmenden Wächeln der hochwachtigen Offiziere die Leichen gefallener Krieger verbrannt hätten. Was den ersten Fall betrifft, so erinnert die „Arenzzeitung“ daran, daß vor Weihnachten auch gegen den konservativen Kandidaten Bremer im Wahlkreis Bernburg-Ballenstedt ein Anschlag verübt wurde, der den Unfall mit dem Kraftwagen zum Ziele hatte.

Der neue preussische Gesandte in Dresden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Als Nachfolger des früheren preussischen Gesandten in Dresden Prinzen Hohenlohe, der sich vor einigen Monaten aus dem diplo-matischen Dienst zurückgezogen hat, ist der „Eagel.“ nach-dichtliche Gesandte in Bern v. Bülow, ein Bruder des früheren Reichstanziers, in Aussicht genommen. Als künftigen Gesandten in Bern nennt man in erster Linie den Gouverneur von Ostafrika, v. Neuenberg, der in-folge Tropenunfähigkeit in den diplomatischen Dienst